

Limburger Anzeiger

(Limburger Zeitung) Zugleich amtl. Kreisblatt für den Kreis Limburg. (Limburger Tageblatt)

Gegründet 1888.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Kähler.
Verlag: des Herrn Schmidt'scher Verlag und Buchdruckerei
in Limburg a. Rh.

Anzeigenspreis: Die 6-spaltige Petit-Zeile oder deren Raum 70 Hg. Die 21 mal breite Zeile 2.10 M. Rabatt wird nur bei Wiederholungen gewährt. Telefon Nr. 82. Anzeiger-Konten bis 6 Uhr nachmittags des Tages.

Limburg, Mittwoch, den 29. Dezember 1920.

85. Jahrgang

Nummer 300

Regierung und Beamtenstreik.

Berlin, 27. Dez. (WZ.) Das Reichsverkehrsministerium wendete sich gestern unter Hinweis auf den Erlass der Reichsregierung vom 17. Dezember an die Eisenbahn-Direktionen, um nochmals den klaren, festen Standpunkt der Regierung zur Frage des Beamtenstreiks mit allem Nachdruck zu vertreten. Der Reichsverkehrsminister betonte es als seine Aufgabe, eine gerechte und, soweit es die Verhältnisse zulassen, befriedigende Lösung der Befoldungsfrage der Beamten zu erreichen, betont aber, daß das Streikverbot nicht etwa auf die gegenwärtige politische Zusammenfassung des jetzigen Reichsministeriums zurückzuführen ist, daß hingegen auch die frühere sozialistische Regierung in Verbindung mit der noch bestehenden preussischen Regierung den Beamten das Streikrecht absperrte.

Da auf Befehl der Reichsregierung den Beamten das Jahresgehalt schon am 15. Dezember ausbezahlt worden ist und dadurch die Notlage der Beamten im Januar sich verschärfen muß, besteht, wie die „Post. Ztg.“ erzählt, die Absicht, die frühere Auszahlung der Gehälter auch für die folgenden Monate anzuordnen. Dies würde im Wesen darauf hinauslaufen, daß im Jahre 1920 die Gehälter von 13 Monaten gezahlt werden. Die Erwägungen hierüber sind noch nicht abgeschlossen.

Aus der Beamtenbewegung.

Berlin, 27. Dez. (WZ.) Die in der Reichsgewerkschaft der Post- und Telegraphenbeamten vereinigten Verbände mit über 200 000 Mitgliedern stellten sich in Bezug auf die Erhöhung des Teuerungszuschlags auf den Boden der Forderungen des Deutschen Beamtenbundes. Die Forderungen gegen die Regierung sind: Erhöhung des Teuerungszuschlags von 50 Prozent auf 75 und Festsetzung eines Mindestteuerungszuschlags, und zwar für die Ortsklasse A von 7000 Mark.

Die Lage im thüringischen Braunkohlenbergbau.

Berlin, 27. Dez. Wie dem „Vorwärts“ aus Halle berichtet wird, fand dort am Donnerstag eine Konferenz der Vertrauensleute sämtlicher im Braunkohlenbergbau beschäftigten Arbeiter für Mitteldeutschland statt. In einer Entschließung an die in Betracht kommenden Ministerien wurde einmütig zum Ausdruck gebracht, daß der Streik für ganz Mitteldeutschland proklamiert werde, wenn die eingereichten Forderungen bis zum 15. Februar keine Erledigung finden.

Die Einwohnerwehren.

Paris, 27. Dez. (WZ.) Die Botschafterkonferenz hat sich heute mit den Noten der deutschen Regierung vom 20. und 22. Dezember befaßt, die sich auf die Entwaffnung der Einwohnerwehren beziehen. Marshall Koch, General Wengand und General Nollet wohnten der Sitzung bei. Wie der „Temps“ mitteilt, einigte man sich nach kurzer Beratung dahin, daß die Entscheidung dieser Frage Angelegenheit der Mächte der alliierten Regierung überlassen werden müsse. Gleichzeitig hat die Botschafterkonferenz den alliierten Militärausschuß in Versailles ersucht, ihr schleunigst Bericht über den gegenwärtigen Stand der militärischen, maritimen und Luftfahrtbestimmungen des Friedensvertrages zur Weitergabe an die Regierungen der Entente zu erstatten.

Reichstagswahlen in Schleswig-Holstein und Ostpreußen.

Berlin, 27. Dez. (WZ.) Der „Reichsanzeiger“ bringt eine amtliche Verordnung des Reichspräsidenten über das Stattfinden der Hauptwahlen zum Reichstag in den Wahlkreisen 1 (Ostpreußen) und 14 (Schleswig-Holstein) am 20. Februar 1921.

Politische Fälschungen.

Berlin, 27. Dez. (WZ.) Der Saarverein teilt mit: Im Sommer wurden im Saargebiet verschiedene Briefe veröffentlicht, die angeblich von Berliner Büros stammen sollten, und in denen sowohl die betreffenden Berliner Büros als einzelne Persönlichkeiten im Saargebiet bei den dortigen französischen Behörden kompromittiert werden sollten. Die veröffentlichten Schriftstücke, insbesondere das angebliche Schreiben der Geschäftsstelle des Saarvereins an das Auswärtige Amt, welches bei den Gemeinderatswahlen in Saarbrücken eine Rolle spielte, haben sich als glatte Fälschungen erwiesen. Nunmehr wurde eine ganze Reihe solcher gefälschter Schriftstücke bei einem gewissen Fink aus Altenwald gelegentlich seiner Verhaftung in Berlin gefunden. Fink gab an, die Dokumente teilweise entwendet, teils von einer Schreibdame aus dem Büro der U. S. P. in Saarbrücken erhalten zu haben. Er habe beabsichtigt, sie in Berlin zu verkaufen. Die Briefe sind auf den ersten Blick als Fälschungen erkennbar. Es sind Angaben darin enthalten, die geradezu lächerlich wirken für jeden, der die Verhältnisse kennt. Aus dem Inhalt geht hervor, daß der oder die Fälscher beabsichtigten, bestimmte Personen des Saargebietes bei den französischen Behörden verdächtig erscheinen zu lassen. Es ist ganz offenbar, daß die Fälscher die Behörden im Saargebiet aufs schwerste getäuscht und dadurch mit dazu beigetragen haben, eine ungesunde Atmosphäre des Mißtrauens hervorzuheben, ganz besonders gegen die bekannte Geschäftsstelle des Saarvereins in Berlin. Es ist anzunehmen, daß manche Familie im Saargebiet ihr Unglück diesen Fälschern von denen ihre Angehörigen in der gemeinsten Weise verdächtigt wurden, zu verdanken hat.

100 000 Zentner verdorbene Butter in Leipzig.

Es ist ein offenes Geheimnis, daß die Butterzwangswirtschaft in Deutschland schon seit Monaten nur noch auf dem Papier besteht, und daß in Wirklichkeit von der im Inlande hergestellten Butter noch nicht einmal 15 Prozent erfährt werden. Um so eigenartiger erscheint es, daß die Reichsfettstelle trotz der Not an Butter und Schmalz die von ihr verarbeiteten Waren durch ungeschickliche Behandlung verderben läßt. Der „Deutschen Warte“ wird darüber berichtet: Vor einigen Monaten kaufte die Reichsfettstelle im Ausland, in Dänemark und Holland große Mengen von Butter zum Preise von 32 bis 34 Mark ein. Etwa 100 000 Zentner Butter wurden in Leipzig in den dortigen Kühlhäusern gelagert. Beim Einlauf der Butter bediente sich die Reichsfettstelle nicht der Fachleute, die damals vor der angebotenen Ware warnten, sondern ließ zum Teil durch ausländische Mittelspersonen die Anläufe vornehmen. Inzwischen hat sich die Zwangsbewirtschaftung der Butter in Deutschland so gelockert, daß kaum noch 15 Prozent der abzuliefernden Mengen von den Reichsfetten erfährt werden. Berlin hat beispielsweise seit Monaten überhaupt keine frische Inlandsbutter mehr erhalten. Die Reichsfettstelle wollte nun von ihren Vorräten in Leipzig Ware nach Berlin bringen, um sie hier auf Karten zu verteilen. Beim Öffnen der Fässer entdeckte man jedoch, daß die in Leipzig lagernde Butter handhoch mit Stäbchen und Schimmel bedeckt und die Ware verdorben war. Die Buttergroßhändler, die die Verteilung an den Kleinhandel leiten, weigerten sich natürlich, derartig verdorbene Butter abzunehmen. Die Reichsfettstelle, die die Ware nun nicht loszuwerden vermochte, entschloß sich, die Ware mit Verlust abzugeben und bot den Großhändlern die Butter zum Preise von 32 Mark an, verlor also an der einen Sendung zunächst einmal mindestens 10 Millionen Mark. Die Fachleute erklärten, nachdem Proben heimlich untersucht worden waren, daß die Verluste der Reichsfettstelle noch erheblich größer werden dürften, da man die obere Lage Butter in den Fässern, die mit Schimmel durchsetzt sei, überhaupt nicht verwenden könne. — Die Reichsfettstelle wird sich zu dieser Angelegenheit zweifellos äußern müssen.

Die Not der Kinder.

Nach einer Meldung des „Berliner Tageblattes“ aus Dresden ist von 17 350 ärztlich untersuchten Schulkindern Sachsens die Hälfte unterernährt und blutarm.

Eine päpstliche Botschaft an die Oberschlesier.

Breslau, 27. Dez. (WZ.) Der „Schles. Volkszeitung“ zufolge erließ Monsignore Gagno, apostolischer Kommissar für Oberschlesien, eine Rundgebung, in der es heißt: „Der heilige Vater, der hier betrauert ist, daß der Friede unter den Katholiken Oberschlesiens aus politischen Gründen gestört wird, schickt mich zu euch, um den Frieden wieder herzustellen. Das Weihnachtsfest gibt mir Veranlassung, die Katholiken zu bitten, die Mahnung zum Frieden nicht zurückzuweisen und von der politischen Verblendung abzulassen. Diese Mahnung richtet sich vor allem an die Seelenhirten, die gelobt haben, ihren heiligen Dienst im Geiste der Liebe und Gerechtigkeit auszuüben. Ich bestimme namens des Heiligen Vaters folgendes: „Allen Priestern jedweder Nation wird es sub gravi untersagt, im Abstammungsgebiet Propaganda zu treiben, unbeschadet des Rechts, ihre Meinung zu äußern und ihre Stimme abzugeben. Allen Pfarrern wird verboten, die Kirchen und Schulen zur Erörterung von Abstammungsfragen zu benutzen, da diese Orte allein zur Pflege des religiösen Lebens ausserhalb sind. Ich behalte mir vor, vorstehendes Verbot abzuändern, jedoch bemerke ich schon jetzt, daß ich Abänderungen nur aus ganz wichtigen Gründen zulassen werde, wobei ich keine Partei begünstige. Falls ein Priester dieses Verbot nicht befolgen sollte, werde ich gegen ihn, wenn auch ungern, mit solchen Strafen vorgehen, die zu verhängen mich der Apostolische Stuhl beauftragt hat.“

Die Bruderliebe zu Österreich.

Berlin, 27. Dez. (WZ.) Reichskanzler Rechenbach sprach sich einem Vertreter des „Neuen Wiener Tageblattes“ gegenüber über den Anstich Deutsch-Österreichs an Deutschland aus: Unsere eigenen Sorgen und Räte machen uns für die Leiden unserer österreichischen Stammesbrüder nicht unempfindlich und gerade die letzten Berichte der maßgebenden Persönlichkeiten in Österreich über die traurigen Verhältnisse, unter denen der österreichische Staat zurzeit sein Leben fristet, erfüllen uns mit aufrichtiger Teilnahme für unser Brudervolk. Sie werden in uns den immer dringender werdenden Wunsch, daß das österreichische Volk diese schwere Zeit bald überwunden haben möge. In seiner heutigen Bedrängnis kann es die Zuversicht für seine Zukunft aus der Tasche schöpfen, daß wir nie aufhören werden, uns mit den österreichischen Brüdern eins zu fühlen.

Deutsch-polnische Wirtschaftsbeziehungen.

Warschau, 27. Dez. (WZ.) Die deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen, die seit einiger Zeit unterbrochen worden, wurden wieder aufgenommen. Gegen Lieferung landwirtschaftlicher Erzeugnisse würde Deutschland an Polen 150 Lokomotiven und 6000 Eisenbahnwagen im Gesamtwerte von einer Milliarde liefern. Die Vereinbarung ist aber noch nicht endgültig.

Die Mandate über unsere Kolonien.

Paris, 27. Dez. (WZ.) Bertinax teilt im „Echo de Paris“ mit, daß die Vereinigten Staaten vor sechzehn

Tagen an die englische Regierung eine Note gerichtet hätten, in der verlangt wird, man möge der Regierung in Washington mitteilen, wie die englische Regierung die ihr anvertrauten Mandate über einige ehemalige deutsche Kolonien sowie über einige der Türkei abgenommene Gebiete regeln wolle. In dieser Note der Regierung der Vereinigten Staaten wurde gesagt, daß nicht der Völkerbund, sondern die alliierten und assoziierten Mächte, zu deren Gunsten Deutschland und die Türkei alle ihre Rechte abgetreten hätten, die Frage zu regeln haben.

Die Judenverfolgungen in Polen.

Auf das Schreiben eines englischen Komitees an die polnischen Delegierten auf der Völkerbundversammlung, worin auf die Verfolgung und Bedrückung der Juden in Polen hingewiesen wurde, antworteten die beiden polnischen Delegierten in einem ausführlichen Schreiben, das nach dem „B. Z.“ u. a. folgendes enthält: Die Unsicherheit wird nicht nur von der jüdischen Bevölkerung empfunden; vielmehr hat infolge des Kriegszustandes und der unaufrichtigen Intentionen diese Unsicherheit in hohem Maße das ganze Land erfasst, so daß auch sehr viele Christen darunter leiden und Eigentum und Leben dadurch verloren haben. Die wirtschaftlichen Beziehungen in Polen sind höchst beunruhigend; 40 Prozent der diesjährigen Ernte sind von dem eingebrungenen Feinde zerstört worden. Die Nahrungsmittel sind knapp. Die Hungersnot bedroht unsere Städte.

Polnische Wirtschaft.

Nach einer Meldung der „Post. Ztg.“ aus Breslau ist man bei der Hauptdirektion der polnischen Bergämter riesenhafte Schiedungen auf die Spur gekommen. So sollen nicht nur die Maschinen der Salinen von Bochnia, sondern auch die Kohlenruben in Kalisz und sogar die noch unausgebeuteten Kralauer Kohlenbeden verschoben werden.

Französische Absichten im Rheinland.

Paris, 27. Dez. (WZ.) Der Berichterstatter des Kammerausschusses für auswärtige Angelegenheiten, Abgeordneter Daniclou schreibt über die Kammerführung vom letzten Freitag, nach der es keine Begrenzung der Besatzungsbauer auf der linken Rheinseite geben dürfe: „Es ist die Pflicht der französischen Regierung, die alliierten und assoziierten Signatarmächte des Versailler Vertrages davon in Kenntnis zu setzen, daß die versprochenen Garantien gegen einen nicht herausgeforderten Angriff Deutschlands nicht genügen. Wir vertrauen zu sehr auf die Loyalität des britischen und amerikanischen Volkes, um auch nur einen Augenblick zu glauben, daß sie sich nicht mit uns in dem Verlangen an die Signatarmächte des Versailler Vertrages zusammenfinden werden, zu bestimmen, daß die einzige Garantie, die uns für die Zukunft gegenüber Deutschland gegeben werden kann, darin besteht, daß die Begrenzung unserer Besatzungsbauer zu unterdrücken.“ Daniclou schließt mit der Aufforderung an die Regierung zu handeln.

Altrossischer Rätekongreß.

Zuversicht der Sowjetgrößen.

Moskau, 27. Dez. (WZ.) Bei der Eröffnung des achten allgemeinen russischen Kongresses der Arbeiterräte sprach sich Kassin in seiner Eröffnungsansprache über die internationale Lage Sowjetrusslands aus, die sich durch die Siege so verbesserte, daß die westeuropäischen Regierungen mit Rußland Beziehungen anzuknüpfen suchten. Die innere Lage festigte sich ebenfalls. Im März zeigten die Bauern der Sowjetregierung gegenüber noch ein gewisses Mißtrauen, im August äußerten sie jedoch den festen Wunsch, für Sowjetrußland zu kämpfen. Vor der Sowjetregierung ständen gewaltige Aufgaben. Die Wirtschaft des Landes müsse geregelt werden, gleichzeitig müßten die Interessen der kleinen Bauernwirtschaft gewahrt werden, wie schwer auch die Aufgaben des Kongresses sein mögen. Die Sowjetregierung habe die Gewißheit, daß sie siegen werde. Der gegenwärtige Kongreß werde, so glaube er, alles tun, um Sowjetrußland dem Siege näher zu bringen.

Auf Vorschlag der kommunistischen Fraktionen wurde das Präsidium einstimmig gewählt. Es besteht aus Kassin, Kongreß beschloß, einen Gruß an die Rote Armee, an das Lenin, Trocki, Sinowjew, Kamenew, Bucharin u. a. Der französische Proletariat und an die Sowjetrepubliken, die in unserer Räteorganisation aufgehen, abzuschicken.

Lenin erstattete Bericht über die internationale Lage Sowjetrusslands. Er führt u. a. aus: Wir wissen alle, wie die polnischen Gutsbesitzer und Kapitalisten unter dem Drängen der Kapitalisten Westeuropas uns den Krieg aufzwangen. Zuerst fand der Krieg ein Ende, und zwar durch einen Frieden, der für uns vorteilhafter ist als derjenige, welchen wir Polen vor dem Kriege anboten. Der Vorfrieden mit Polen ist unterschrieben. Die Politik der Entente, die darauf gerichtet ist, sich in Kriegaaktionen einzumischen, um die Sowjetmacht zu vernichten, leidet immer mehr Schiffbruch. Die Zahl der Reiche, die mit uns Frieden schlossen, wächst andauernd. Man kann sagen, daß der endgültige Frieden mit Polen in der nächsten Zeit bestimmt abgeschlossen werden wird. Unsere zeitweiligen Niederlagen im Kriege mit Polen rührten davon her, daß wir gezwungen waren, gegen Brangel zu kämpfen, der von Frankreich anerkannt wurde und von den Westregierungen unerschütterliche Unterstützung erhielt. Wir wissen alle, welchen außerordentlichen Heldennut unsere Rote Armee bewies, als sie Brangel den entscheidenden Schlag beibrachte. Der uns von den Weltgarden und Imperialisten aufgezwungene Krieg ist nunmehr erledigt. Wir können uns jetzt mit vollem Bewußtsein an das Werk des wirtschaftlichen Aufbaues machen. Wir müssen jedoch immer auf der Hut sein. Die Kriegsbereitschaft müssen wir auf jeden Fall be-

Färberei und Chem. Reinigungsanstalt

Heinrich Wagner Nachf.,

Limburg a. d. L., Telefon 94

Annahmestellen: Frankfurterstr. 31,
Frankfurterstr. 37, Eschhöferweg 6.

Sämtliche Aufträge werden schnellstens ausgeführt.

färbt

Herren-, Damen- und Kindergarderobe

getrennt und unzertrennt.

Stoffe jeden Gewebes, Plüsch, Möbel-
stoffe, Woll- und Baumwollgarne,

Leinen, Gardinen usw. in den

haltbarsten und modernsten Farben,

reinigt

Herren-, Damen- und Kindergarderobe

jeder Art,

Teppiche, Gardinen, Handschuhe,

Bettfedern usw.

Aufdämpfen von Sammet-Kostümen,

Aufbügeln von Herren- und Damen-
Garderobe

2/158

Trauersachen in 2 bis 3 Tagen.

Bekanntmachungen und Anzeigen der Stadt Limburg.

Stenerordnung

betreffend die Erhebung einer Steuer vom
reichseinkommensteuerfreien Mindesteinkommen.

Gemäß §§ 30, 31 des Landessteuergesetzes vom 30. März
1920 (R. G. Bl. S. 402) in Verbindung mit der Verord-
nung des Reichsministers der Finanzen vom 28. Mai 1920
(R. G. Bl. S. 1117) wird die nachstehende Steuerordnung
im Bezirke der Stadt Limburg a. L. auf Grund der über-
einstimmenden Beschlüsse der städtischen Körperschaften vom
29. November und vom 15. Dezember 1920 erlassen:

§ 1.

Diejenigen natürlichen Personen, welche in Limburg ihren
Wohnsitz haben und zur Reichseinkommensteuer veranlagt sind,
werden zu einer Gemeindeeinkommensteuer herangezogen.

§ 2.

Die Besteuerung tritt ein:

1. wenn der reichsteuerfreie Einkommensteil nicht mehr als
1500 M. beträgt, bei einem Gesamteinkommen von mehr
als 10000 Mark,
2. wenn der reichsteuerfreie Einkommensteil nicht mehr als
2500 M. beträgt, bei einem Gesamteinkommen von mehr
als 15000 Mark,
3. wenn der reichsteuerfreie Einkommensteil nicht mehr als
3000 M. beträgt, bei einem Gesamteinkommen von mehr
als 17000 Mark,
4. wenn der reichsteuerfreie Einkommensteil nicht mehr als
3500 M. beträgt, bei einem Gesamteinkommen von mehr
als 19000 Mark,
5. wenn der reichsteuerfreie Einkommensteil nicht mehr als
4000 M. beträgt, bei einem Gesamteinkommen von mehr
als 21000 Mark,
6. wenn der reichsteuerfreie Einkommensteil nicht mehr als
4500 M. beträgt, bei einem Gesamteinkommen von mehr
als 23000 Mark,
7. wenn der reichsteuerfreie Einkommensteil 4500 M. über-
steigt, bei einem Gesamteinkommen von mehr als 25000
Mark

Als Gesamteinkommen ist das steuerbare Einkommen im
Sinne der §§ 4 bis 18 des Reichseinkommensteuergesetzes an-
zusehen.

§ 3.

Die Gemeindeeinkommensteuer wird mit dem höchsten Pro-
zentfusse erhoben, mit dem die Steuerpflichtigen zur Reichs-
einkommensteuer herangezogen sind, und zwar von dem ganzen
reichseinkommensteuerfreien Teile des Einkommens bei Steuer-
pflichtigen mit einem Gesamteinkommen von mehr als 13000
Mark, deren steuerfreier Einkommensteil nicht mehr als 1500
Mark beträgt, in allen übrigen Fällen von der Hälfte der
steuerfreien Einkommensteile.

§ 4.

Steuerpflichtige, die innerhalb des deutschen Reiches meh-
rere Wohnsitze haben, werden nur mit dem Teil der Steuer
herangezogen, der sich bei Teilung des Steuerfusses durch die
Zahl der Wohnsitze ergibt.

§ 5.

Befreiungen oder Ermäßigungen der Reichseinkommensteuer
auf Grund des § 26 des Reichseinkommensteuergesetzes ziehen
in demselben Verhältnis die Befreiung oder Ermäßigung der
Gemeindeeinkommensteuer nach sich.

§ 6.

Die Gemeindeeinkommensteuer wird gemäß § 30 Absatz 2
des Landessteuergesetzes von den Reichsbehörden zusammen mit
der Reichseinkommensteuer verwaltet; das Reichseinkommen-
steuergesetz und die Reichsabgabenordnung finden Anwendung,
insbesondere auch bezüglich des Rechtsmittelfahrens.

§ 7.

Diese Steuerordnung tritt mit Wirkung vom 1. April
1920 in Kraft.

Limburg a. L., den 17. Dezember 1920.

Der Magistrat:
Dr. Rasmann

B. A. 1044/20

Genehmigt.

Wiesbaden, den 18. Dezember 1920.

Namens des Bezirksausschusses
Der Vorsitzende
J. S.: Bauernmeister.

(L. S.)

Die Zustimmung wird erteilt.

Cassel, den 22. Dezember 1920

(L. S.)
J. Nr. 19261.

Der Oberpräsident
J. A.: Florisch.

Vorstehende Steuerordnung wird hiermit veröffentlicht.
Limburg, den 27. Dezember 1920.

Der Magistrat.

In 1/2 Stunde vertilgen Sie unter Garantie jede
Läuse-Plage

auch Nisse samt Brut (Rissen) bei Menschen und Tieren mit
Ecolida. Für Wunden und Haare unschäd-
lich. Vertilgt: Erste Welt. Ange-
lies. Vertilgt. Auf. Essen.
Es haben in Limburg a. d. Lahn:
Leonard Borsch, Untere Fleisgasse 12.

Keine hohe Ladenmiete

Das Schönste und Beste

für

Herren und Damen

die sich apart und doch billig kleiden wollen, finden bei mir grosse
Auswahl in allen modernsten Farben zu billigsten Preisen

Ich hatte die günstige Gelegenheit, einen grossen Posten
Ia Qualität Herren- und Damen-

STOFFE

Cheviot, Molton, in blau und schwarz, reine Wolle, Covercoat,
grau und braun, Marengo und Streifhosen einzukaufen. Verpassen
Sie nicht die Gelegenheit, jetzt Ihren Bedarf zu decken, da durch den

Kurssturz der Reichsmark

die Preise erheblich anziehen. Der Verkauf durch sachmännische
Bedienung erfolgt nur an Private. Ueberzeugen Sie sich von der
allgemeinen auch in Fachkreisen anerkannten Güte und Qualität
meiner preiswerten Stoffe.

Der ganze Anzug mit Zutat und Wollserge
von 430 Mark an.

Prompte Bedienung.

Billige Preise.

Jeder Weg lohnt sich zum

7.300

Hotel „Deutsches Haus“, Limburg, Ob. Schiede.

Friedr. Rohr, Höchst a. M.

Verkauf nur Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag

Nur 4 Tage

Todes-Anzeige.

Dem Herrn über Leben und Tod hat es ge-
fallen, nach kaum 3-jähriger Heimkehr aus drei-
jähriger qualvoller Gefangenschaft in Frankreich,
unsern lieben Sohn, Bruder, Schwager und Onkel

Karl Stotz

gestern abend nach kurzem schwerem Krankheitslager
im 24. Lebensjahre zu sich in die Ewigkeit zu
nehmen.

Die trauernden Hinterbliebenen

J. d. R.:

Jakob Stotz.

8.300

Placht, den 28. Dezember 1920.

Die Beerdigung findet am Donnerstag den
30. Dezember, nachmittags 3 Uhr statt.

Gelegenheitskauf!

Ein Posten

Bettdecken

schöne helle Jaquardmuster,
vollständig gross,

6(300

Stück

58.— Mk.

Warenhaus

Geschw. Mayer.

Sämtliche nach der

Schiedsmannsordnung

vorgeschriebenen Formulare sind zu haben in der

Kreisblatt-Druckerei.

Freiwillige Versteigerung.

Am Donnerstag den 30. Dezember 1920.

1 Uhr mittags versteigere ich im „Lahnd“ anschließend:

2 kompl. Betten, 1 Waschkom-
mode, 1 Nachtschränken, 1 Re-
gulator, Tische, Stühle etc. etc.

5(300

Bäffe,
Gerichtsvollzieher.

Apollo-Theater.

Mittwoch, den 29. bis Freitag, den 31. 12.

Marionetten des Teufels II. Teil

Eine suchende Seele

Das Abenteuer eines Verwegenen in 5 Teilen
2.300 mit Erika Gläbner.

Jugendliche unter 17 Jahren haben keinen Zutritt

Kursbericht des „Limburger Anzeiger“

vom 28. Dezember 1920.

mitgeteilt nach den Notierungen der Frankfurter Börse von der
für Bank Handel u. Industrie, Niederlassung Limburg.

	Leichter Kurs	Schwerer Kurs
Deutsche Sparprämienanleihe	91,—	
Deutsche Kriegsanleihe	77, 1/2	
Darmstädter Bank Aktien	180,—	
Deutsche Bank	337, 1/2	
Disconto Commandit Akt.	248,—	
Dresdner Bf. Aktien	218,—	
Rittalendeutsche Kreditbank Aktien	179, 1/2	
Metallbank	339, 1/2	
Bochumer Bergbau-Aktien	525,—	
Hamburger Eisenwerke	—	
Deich. Lsg. Bergw.	406, 1/2	
Welfentisch	406,—	
Harpener Bergbau	579,—	
Widder Berg	675,—	
Comb. Amerik. Packst. Aktien	194, 1/2	
Westdeutscher Lloyd	193, 1/2	
Algen. Elektr. Ges.	313, 1/2	
Albionwerke vorm. Alper	382,—	
Chem. Albert-Wecke	1125,—	
Nordwestde. Schiff	44,—	
Chem. Albert-Wecke	282,—	
Chem. Griesheim	419,—	
Chem. Griesheim	200,—	
Chem. Griesheim	595,—	
Chem. Griesheim	491,—	

Devisen

Dollar	426, 1/2
Schweiz	1115,—
Franken	229,—
London	257, 1/2
New York	78, 1/2